



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

Drucksache Nr.:
14670-09

An den
Vorsitzenden des Schulausschusses

02.04.2009

Gemeinsamer Vorschlag zur Tagesordnung

Sitzungsart: öffentlich	Stellungnahme:	Dringlichkeit:
Gremium: Schulausschuss		Beratungstermin: 22.04.2009

Tagesordnungspunkt

Prävention und Notfallpläne an Schulen

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN bitten um Aufnahme des Punktes „**Prävention und Notfallpläne an Schulen**“ auf die Tagesordnung der Sitzung am 22. April.

Der Amoklauf von Winnenden hat zu einer öffentlichen Diskussion über Präventionsmaßnahmen und Rahmenbedingungen an Schulen zur Verhinderung derartiger Situationen geführt.

Dabei geht es einerseits um äußere Rahmenbedingungen wie zum Beispiel vorhandene Notfallpläne der Schulen, die Ausstattung mit funktionierenden Lautsprechanlagen und auch die koordinierte Zusammenarbeit mit der Polizei.

Andererseits geht es um Hilfestellungen im Bereich der Prävention, um bereits im Vorfeld Bedrohungsfälle zu verhindern.

Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung gebeten, einen Sachstandsbericht über vorhandene Präventionsmaßnahmen und Notfallpläne an Dortmunder Schulen zu geben.

Dazu sind entsprechende VertreterInnen der Polizei, der Schulsozialarbeit sowie des schulpsychologischen Dienstes einzuladen.

Dabei bitten wir insbesondere um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1) Existieren für die Dortmunder Schulen individuelle Notfallpläne?
- 2) Wenn Ja: Wie und wann sind diese Notfallpläne erarbeitet worden?
- 3) Wenn Nein: An welchen Schulen fehlen Notfallpläne und wie und wann ist beabsichtigt, diese Pläne zu erarbeiten?
- 4) Sind die Notfallpläne der Schulen mit der Polizei abgestimmt?
- 5) Liegen der Polizei die Lagepläne der einzelnen Schulen vor?
- 6) Ist gewährleistet, dass die einzelnen Schulen mit Lautsprecheranlagen ausgerüstet sind?
- 7) Welche konkreten Maßnahmen im Bereich der Prävention werden den Schulen vom schulpsychologischen Dienst, der Schulsozialarbeit, der Polizei oder anderen Institutionen angeboten?
- 8) Für wie ausreichend hält die Verwaltung diese Maßnahmen?
- 9) Welche darüber hinaus gehenden Hilfestellungen werden den Schulen angeboten bzw. von den Schulen angefragt?

Mit einer eventuell notwendigen Beantwortung einzelner Fragen im nichtöffentlichen Teil sind wir einverstanden.

**Mit freundlichen Grüßen
gez. Ulrike Nolte**

F.d.R.:

Monika Greve

**Mit freundlichen Grüßen
Barbara Blotenberg**

f.d.R.:

Stefan Neuhaus